

Beschlussantrag

Nummer

A-0074/23-1



LANDKREIS
HAVELLAND

Der Landrat

Einreicher

Fraktion/en:, DIE LINKE/Die PARTEI

Beratungsfolge:			Empfehlung		
Status	Datum	Gremium	Annahme	Ablehnung	Zuständigkeit
Öffentlich	03.07.2023	Kreistag			Entscheidung

Beratungsgegenstand:

Neudruck! - Die Aufnahme von Geflüchteten im gesamten Landkreis sicherstellen! (Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI)

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt folgende Resolution:

Die Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten im Landkreis Havelland ist eine durch das Land Brandenburg an den Landkreis Havelland übertragene Aufgabe zur Erfüllung nach Weisung. Der Landkreis ist also verpflichtet, diese Aufgabe zu erfüllen. In Falkensee, Schönwalde, Nauen, Dallgow-Döberitz, Brieselang, Friesack, Premnitz und Rathenow wurden Flüchtlingsunterkünfte errichtet und die Stadt- und Gemeindeverwaltungen, die Zivilgesellschaft sowie Vereine und Verbände haben gemeinsam daran gearbeitet, den Geflüchteten im Havelland die Möglichkeit zu geben, sich ein eigenständiges Leben aufzubauen und erfolgreich in die Gesellschaft zu integrieren.

Natürlich gab es vor der Errichtung der einzelnen Einrichtungen in der Bevölkerung Vorbehalte, Sorgen und Ängste. Und wir alle werden nicht vergessen, dass in Nauen eine Turnhalle durch Rechtsextreme angezündet und abgebrannt wurde, die zur Unterbringung Geflüchteter vorbereitet war. Das Ergebnis dieser Tat war nicht nur ein großer wirtschaftlicher Schaden, es führte auch dazu, dass über Jahre Turnhallenkapazitäten für den Schul- und Vereinssport fehlten. Hinzu kommt der gravierende Imageschaden für das gesamte Havelland als Wirtschaftsregion in dem Ringen um Fachkräfte auch aus dem Ausland. Die havelländische Wirtschaft, aber auch Bildungs-, Sozial-, Pflege- und Gesundheitseinrichtungen sind mehr denn je auf die Arbeitsmigration von Fach- und Arbeitskräften aus dem Ausland angewiesen. Solche fatalen Signale der Ausländerfeindlichkeit wollen wir nicht wieder erleben und sagen deshalb klar und deutlich: Das Havelland steht zu seiner Verantwortung, Geflüchtete, die dem Landkreis zugewiesen werden, so wie bisher menschenwürdig unterzubringen.

Wir wissen, dass es auch aktuell in der Bevölkerung Vorbehalte gegen Unterkünfte für Geflüchtete gibt. Diese resultieren oft aus der berechtigten Sorge, dass überall im Land Brandenburg wie auch im Havelland ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum, an Kita- und Schulplätzen sowie sozialer Infrastruktur besteht. Wir fordern hier eindeutig das Land in seiner Verantwortung auf, ausreichend Investitionsmittel bereitzustellen, um diese Mängel zu beheben und damit der Sorge vor Überforderung der Kommunen nachhaltig und entschlossen entgegenzutreten.

Allerdings ist es nicht hinnehmbar, wenn Städte und Gemeinden im Havelland versuchen, sich der staatspolitischen Verantwortung für die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten ganz

oder teilweise zu entziehen. Der Kreistag bekennt sich ausdrücklich dazu, zugewiesene Geflüchtete im gesamten Landkreis zu verteilen. Wie bisher soll dabei der Leistungsfähigkeit der einzelnen Kommunen Rechnung getragen werden. Insofern unterstützt der Kreistag die Bemühungen der Kreisverwaltung ausdrücklich, geeignete Unterkünfte für Geflüchtete in Falkensee, Nennhausen und Rhinow zu schaffen. Der Kreistag unterstützt die Bemühungen der Kreisverwaltung, auch in weiteren Städten und Gemeinden, in denen bisher keine oder nur sehr wenige Geflüchteten untergebracht sind, geeignete Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete zu erschließen.

Der Kreistag erwartet von der Kreisverwaltung, dass die Kommunen auch weiterhin bei der Aufnahme, Versorgung und Integration der Geflüchteten unterstützt werden.

Vom Land erwartet der Kreistag, dass die aktuellen Regelungen des Landesaufnahmegesetzes fortgeschrieben werden und endlich für auskömmliche Finanzierungsregelungen im Landesaufnahmegesetz gesorgt wird.

Sachverhalt:

Am 22.6.2023 fand in Rhinow eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung statt. Die Stadtverordnetenversammlung entschied nach emotionaler Diskussion mit Einwohnerinnen und Einwohnern, dem Landkreis Havelland ein für die Flüchtlingsunterbringung vorgesehenes Grundstück nicht zu überlassen. Der Presseberichterstattung zu dieser Sitzung ist zu entnehmen, dass die Diskussion von Ressentiments geprägt war. Dies hat landesweit für Aufmerksamkeit gesorgt. Um Schaden vom Landkreis abzuwenden, hält es die Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI für dringend geboten, dass sich der Kreistag in seiner Sitzung am 3. Juli 2023 zur Verantwortung des Landkreises für die Flüchtlingsunterbringung bekennt.

Finanzielle Auswirkungen:	Ja	Nein	x
<i>Kosten</i>			
	<i>Sachkonto/Kostenstelle/Kostenträger</i>		
<i>Erläuterung/Deckungsvorschlag</i>			

Anlagen:

Keine



Rathenow, 2023-07-03

Andrea Johlige

.....
Fraktionsvorsitzende
DIE LINKE/Die PARTEI

Der Inhalt ist

<input checked="" type="checkbox"/>	zu veröffentlichen.
<input type="checkbox"/>	nicht zu veröffentlichen.

Die Anlage/n, soweit vorhanden, ist/sind

<input type="checkbox"/>	zu veröffentlichen.
<input type="checkbox"/>	nicht zu veröffentlichen.